

Bezirksregierung Köln

Verkehrskommission des Regionalrates
<u>Sachgebiet:</u> Niederschrift
Drucksache Nr.: VK 56/2016
4. Sitzungsperiode

Köln, den 15. April 2016

Vorlage für die 04. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates am 18. November 2016

- TOP 3:** Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 03. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 15. April 2016
- Rechtsgrundlage:** § 21 Abs. 10 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)
- Berichterstatter:** Herr Elsiepen, Dezernat 25, Tel.: 0221 / 147 - 2670
- Inhalt**
- Niederschrift (Seite 1 bis 10)
 - Anwesenheitsliste (13 Seiten)
 - Anlagen:
 - 1. Struktur des Landesbetriebes Straßenbau NRW
 - 2. Zustand des Kölner Autobahnringes insbesondere des AK Leverkusen und der Leverkusener Brücke im Zuge der BAB A 1
 - 3. Stellungnahme des Regionalrates zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Beschlussvorschlag:

Die Verkehrskommission des Regionalrates genehmigt die Niederschrift.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 56/2016	2

Niederschrift

über das wesentliche Ergebnis der 03. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates am 15. April 2016

Teilnehmer/Innen: siehe beiliegende Anwesenheitsliste

Sitzungsbeginn: 10.05 Uhr

Sitzungsende: 11.50 Uhr

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 56/2016	3

Herr Hebbel (Vorsitzender) eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Kommission sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung, Herrn Dr. Norbert Reinkober vom NVR, des Landesbetriebes Straßen NRW und hier ganz besonders Frau Elfriede Sauerwein-Braksiek, Direktorin des Landesbetriebes.

Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Verkehrskommission fest.

Die Sitzungsteilnehmer sind der beigefügten Anwesenheitsliste zu entnehmen.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für den TOP 5 „Fortschreibung des BVWP“ im Zusammenhang mit den drei Tagesordnungspunkten TOP 5a -Entschließungsantrag von „DIE LINKE“-, TOP 5b – Stellungnahme des Regionalrates Köln zum Referentenentwurf des BVWP-, sowie dem TOP 5c – Antrag von CDU, SPD, DIE GRÜNEN und FDP „AK Leverkusen im BVWP: alle Optionen offen halten“ ein Dringlichkeitsbeschluss gem. § 5 Abs.3 der Geschäftsordnung des Regionalrates durch den Vorsitzenden des Regionalrates und ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied einer anderen Fraktion gefasst werden müsse.

Begründung: Das Votum des Regionalrates müsse dem Verkehrsministerium noch heute vorgelegt werden.

Zur Mitunterzeichnung des Beschlusses wird **Herr Metz** (DIE GRÜNEN) bestimmt.

Die Verkehrskommission genehmigt einstimmig die Tagesordnung in der vorgelegten Form.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 03. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird **Herr Metz**, DIE GRÜNEN- Fraktion, bestimmt.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 02. Sitzung der Verkehrskommission am 20. November 2015 Drucksache Nr.: VK 25/2016

Die Verkehrskommission genehmigt die Niederschrift einstimmig.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 56/2016	4

TOP 4: Vorstellung der neuen Struktur des Landesbetriebes Straßenbau NRW. Vortrag von Frau Sauerwein – Braksiek, Direktorin des Landesbetriebes
-mündlicher Bericht-

Frau Sauerwein-Braksiek erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die neuen Strukturen des Landesbetriebes. Im Anschluss daran stellt sich **Herr Ganz** als Regionalleiter mit Dienstsitz in Mönchengladbach vor. **Der Vorsitzende** bedankt sich, auch im Namen der Mitglieder, für den umfassenden und interessanten Vortrag. Bezüglich der Anfrage von **Herrn Kitz** (CDU) teilt **Frau Sauerwein-Braksiek** (LB) mit, das Land NRW sei dem Unternehmen DEGES beigetreten und somit Mitglied der DEGES GmbH. Der Landesbetrieb habe diesem Unternehmen deshalb einige Projekte übergeben, weil er selbst derzeit nicht über ausreichend Kapazitäten verfüge, um kurzfristig alle erforderlichen Bauprojekte zu realisieren. Die Projektauswahl werde vom Land NRW, in Abstimmung mit dem Landesbetrieb, vorgenommen. Dieses Unternehmen sei dem MBWSV unterstellt und dürfe keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen, die obliegen weiterhin dem Landesbetrieb. Derzeit könne auch nicht garantiert werden, dass die vorgesehenen Projekte im BVWP für NRW bis 2030 vom Landesbetrieb und der DEGES GmbH gänzlich realisiert werden könnten. Auf die Frage von **Herrn Metz** (DIE GRÜNEN) teilt **Frau Sauerwein-Braksiek** (LB) mit, in Bezug auf die Planungsstopps seien seinerzeit von der Landesregierung Projekte priorisiert worden, da diese wegen unzureichender Finanzierung sowie des Personalabbaus, aber auch aus ökologischen Gründen, nicht alle zeitgleich hätten umgesetzt werden können. Dies sei eine politische Entscheidung gewesen. Eine Überjährigkeit im Hinblick auf Personal, Finanzierung und Planung herzustellen, wäre langfristig ein wünschenswerter Optimalzustand. Im BVWP sei vorgegeben, dass die Beseitigung von Stau- und Störstellen, sowie der Ausbau und die Erhaltung des Straßennetzes vor dem Neubau stehe. Des Weiteren seien einige Lückenschlüsse erforderlich. Zur Nachfrage von **Frau Hane-Knoll** (DIE LINKE) erklärt **Frau Sauerwein-Braksiek** (LB), das Unternehmen DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Bau GmbH) sei nach der Wiedervereinigung zwischen Ost und West gegründet worden, um die Verkehrsprobleme zu bewältigen und die Infrastruktur in den neuen Bundesländern aufzubauen, da seinerzeit keine dementsprechende Verwaltung vorhanden gewesen wäre. Haupteigner sei die BRD, einige Bundesländer seien diesem Unternehmen beigetreten. Die DEGES GmbH solle die Verwaltungen entlasten, um den Verkehrsproblemen in einigen Bundesländern entgegenzutreten. **Der Vorsitzende** bedankt sich ganz herzlich im Namen aller Anwesenden für die umfangreichen Informationen.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Informationen des Landesbetriebes Straßenbau zur Kenntnis.

TOP 5: Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans BVWP. Referentenentwurf des BVWP und Beteiligungsverfahren.
Drucksache Nr.: VK 33/2016

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aufgrund des vorliegenden Erlasses des MBWSV hierzu eine Stellungnahme des Regionalrats dem Ministerium heute bis Dienstschluss vorgelegt werden müsse. Daher werde um zeitlich angemessene Wortbeiträge gebeten.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 56/2016	5

Herr Deppe(CDU) zeigt sich erfreut über den gemeinsam gut gelungenen Antrag, da hier die Punkte hervorgehoben würden, die im jetzigen Entwurf des BVWP noch nicht den gemeinsamen Vorstellungen des Gremiums entsprechen würden. Der Entwurf des Bundesverkehrsministers Dobrindt sei jedoch insgesamt grundsätzlich für das Rheinland gut aufgestellt. Dennoch werde es für notwendig erachtet, wie bereits heute in den Fraktionsgesprächen beraten, die für die Region bedeutsamen Hafenhinterlandverkehre zu den ZARA-Häfen in der Präambel des Beschlussvorschlags mit aufzunehmen. Des Weiteren sei die Ertüchtigung und der Ausbau des Bahnknotens Köln, sowie eine zusätzliche Autobahn-und Eisenbahnbrücke über den Rhein zwischen Wesseling und Niederkassel notwendig. Der Bau eines dritten Gleises zwischen Düren und Aachen, und auch die Vertiefung des Rheins bis zur Landesgrenze bei Bonn auf 2,80m sei erforderlich.

Herr Neitzke (SPD) äußert sich im Namen seiner Fraktion insgesamt zufrieden über den Referentenentwurf zum BVWP 2030. Darüber hinaus sei man auch erfreut hinsichtlich der Mittelaufstellung für diese Region. Ein Gespräch am vergangenen Dienstag mit dem Verkehrsminister habe gezeigt, dass im Ergebnis auch hier diesbezüglich ein Konsens bestehe. Inhaltlich schließe man sich bezüglich der genannten Projekte dem Wortbeitrag von Herrn Deppe an. **Herr Neitzke** (SPD) teilt mit, dass das erneute Beteiligungsverfahren zu dem Entwurf des BVWP zwar keine grundsätzlichen Änderungen mehr zulasse, dennoch werde bei den Berechnungen des Bundes hinsichtlich der einzelnen Projekte um eine kritische Sichtweise und Überprüfung der Systematik durch dieses Gremium gebeten.

Herr Müller (FDP) äußert sich im Namen seiner Fraktion insgesamt positiv über den Entwurf zum BVWP 2030 und schließt sich inhaltlich den Worten seiner Vorredner an. Des Weiteren sei man nach dem Vortrag von Frau Sauerwein-Braksiek (LB) zuversichtlich gestimmt, was die Realisierung der Vorhaben in dieser Region angehe.

Frau Hane-Knoll (DIE LINKE) bittet darum, den Vorschlag ihrer Fraktion in die Stellungnahme mit einzuarbeiten. Des Weiteren beziehe sie sich ebenfalls auf die Expertenrunde mit dem Verkehrsminister am vergangenen Dienstag, in der nochmals die Wichtigkeit der Realisierung des RRX angesprochen worden sei. Deshalb solle die Realisierung des Projektes sichergestellt werden.

Im Ergebnis fasst **der Vorsitzende** zusammen, dass der Pkt. 3 des Entschließungsantrags der Fraktion DIE LINKEN in der gemeinsamen Stellungnahme bereits enthalten sei. Die Punkte 1. und 2. würden dann heute, wenn es gewünscht sei, zur Abstimmung kommen.

Frau Hane-Knoll (DIE LINKE) bittet ebenfalls darum, über die Punkte in der Stellungnahme, die von Mitgliedern des Regionalrates erarbeitet worden seien, einzeln abzustimmen.

Herr Beu (DIE GRÜNEN) teilt mit, dass die Beteiligung zum Bundesverkehrswegeplan sich auf das europarechtlich vorgeschriebene Minimum beschränke. Echte Bürgerbeteiligung würde für die Einbindung von Bürgerinnen, Verbänden und Kommunen mehr Zeit lassen und einen Dialog fördern. Das sei aber politisch in Berlin nicht gewollt. Der vorgelegte BVWP sei von Bundesministerin Hendricks in dieser Form als nicht kabinettsmäßig abgestimmt gewertet worden. Er gehe davon aus, dass dies auch von ihren Parteifreundinnen und Freunden hier so gesehen werde. Im Bereich Straße seien für NRW viele Maßnahmen zum Ausbau des bestehenden Straßennet-

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 56/2016	6

zes und der Knotenpunkte enthalten. Dies sei grundsätzlich genauso positiv wie die explizite Einbeziehung von kombinierten Erhaltungs- und Ausbaumaßnahmen. Nach wie vor sei der BVWP-Entwurf im Bereich Straße überzeichnet. Bei derzeitiger Finanzausstattung reiche schon der „Vordringliche Bedarf“ nicht für 15, sondern eher für 35 Jahre. Dies sei auch darin begründet, dass immer noch viele verkehrspolitisch und ökologisch fragwürdige Neubauprojekte im Entwurf enthalten seien. Hier wäre es besser, der Bund würde sich wirklich auf „Erhalt vor Neubau“ konzentrieren. Die Prüfung der Straßenprojekte weise zudem systematische Mängel auf: Das NKV (Nutzen – Kosten – Verhältnis) operiere mit fragwürdigen Reisezeitgewinnen und bewerte sie überzogen. Es gebe nur Einzelanalysen und keine systematische Netzbetrachtung. So lohnen sich gemäß Analyse teilweise zwei verschiedene Straßenbauprojekte in direkter Nähe, obwohl vielleicht nur eines notwendig wäre. Zudem seien Projekte mal in Kombinationen, mal als Einzelvorhaben, bewertet und eingestuft worden – eine Logik sei nicht erkennbar. Die Umweltwirkungen seien kaum bewertet und nicht angemessen berücksichtigt worden. Das führe mit dazu, dass viele Straßenneubauprojekte, die fragwürdig und umstritten seien, als sinnvoll und günstig dargestellt würden. Bei der Schiene komme NRW nicht gut weg. Der Aus- und teilweise Neubau der Bahnstrecke Bad Oeynhausen – Hannover sei noch zu prüfen. Zwar sei der RRX im „vordringlichen Bedarf“ enthalten, aber nur in einer abgespeckten Variante. Ansonsten mache der BVWP-Entwurf im Bereich Schiene den Eindruck, gar nicht fertig zu sein. Das zeige die mangelnde Wertigkeit, welche der Bundesverkehrsminister diesem umweltfreundlichen Verkehrsträger beimesse. Der Knoten Köln sei nicht definitiv im BVWP, Münster-Lünen nur in einer abgespeckten Variante und dann auch nur im Potenziellen Bedarf. Entsprechend gäbe es weitere Beispiele. Die GRÜNEN meinten, dass dieser BVWP ein "Weiter-So" einer falschen Verkehrspolitik sei. Nicht jede neue Straße sei schlecht. Aber dieser Plan enthalte noch zu viele Straßenbauphantasien der Vergangenheit. Er sei kein Plan für eine Verkehrswende. Statt so einer Verkehrsplanung aus der Mottenkiste bräuchte man nach Ansicht der GRÜNEN eine systematische Netzplanung, eine Verzahnung der Verkehrsträger, ein klares Ausbauprogramm für mehr nachhaltigen Verkehr und Mobilität. Wenn man eine juristische Seminardiskussion führen würde, dann müsste eigentlich auch gerade bei uns in der Region darüber diskutiert werden, ob alle Verkehrsstrecken tatsächlich eine bundesweite Netzfunktion hätten oder primär lokalen oder regionalen Erschließungsfunktionen dienen. Dies würde, zu Ende gedacht, zu einer Umstufungsdebatte führen; Herabstufung bisheriger Bundes- zu Landes-, bisheriger Landes- zu Kreisstraßen, was natürlich auch eine Weiterleitung der Finanzströme erfordern würde. Zum vorliegenden Text der Stellungnahme des Regionalrates unter 5b, VK 35/2016, möchte er positiv bemerken, dass hier tatsächlich versucht worden sei, eine konsensuale Positionsfindung zwischen den Fraktionen zu ermöglichen, die Zugeständnisse von allen Seiten erforderte. Dies sei der richtige Weg damit die Position aus dem Regierungsbezirk Köln auch überregional als bedeutend wahrgenommen werde. Den Wunsch, alle auch als weiterer Bedarf eingestuft Projekte zu planen, halte er und die Fraktion für kontraproduktiv. Wie bereits geschildert, sei allein die Stufe "vordringlicher Bedarf" so überzeichnet, dass eine Realisierung aller dieser Projekte in der Laufzeit des BVWP als wenig realistisch erscheine. Allein für den Unterhalt des Bestandnetzes und die Realisierung aller Maßnahmen in der Kategorie "vordringlicher Bedarf" wären jährlich zusätzliche Finanzmittel von 3 - 4 Millionen Euro notwendig, ungefähr so viel wie die kompletten Mauteinnahmen aktuell. Hier sei eine Konzentration unerlässlich. Sie bittet folgerichtig über diesen Punkt, gesondert abzustimmen. Dem Ergänzungswunsch bezüglich der Hafen-Hinterlandverkehre der ZARA-Häfen werde sich die Fraktion DIE GRÜNEN dagegen nicht verschließen. Es sei grundsätzlich das richtige Signal, auch wenn der Adressat primär der Bund sein

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 56/2016	7

müsste. Das Land sei hier bereits aktiv und unterstreiche das NRW-Interesse an seiner Verknüpfung mit den ZARA-Häfen. Dazu habe es bereits im Jahr 2014 einen interfraktionellen Antrag im NRW-Landtag gegeben. Dagegen sei beim Bund die Fokussierung auf die deutschen Nordseehäfen erkennbar.

Herr Götz (CDU) teilt mit, dass man sich hier bewusst auf einige wenige Maßnahmen konzentriert habe, die regional besonders wichtig seien, um das dem Land und dem Bund zu signalisieren. Bezugnehmend auf die Anmerkung von Herrn Beu zu den beiden letzten Punkten und einer möglichen Ergänzung weist er darauf hin, dass hier offensichtlich ein Missverständnis vorliege. Man sei nicht der Auffassung, dass Maßnahmen im weiteren Bedarf ohne Planungsrecht noch mit eingeplant werden sollten. Man sei jedoch der Meinung, dass Maßnahmen im weiteren Bedarf mit Planungsrecht natürlich vom Land angegangen werden sollten, da hierunter auch die immer wieder thematisierte Rheinbrücke falle. Würde man jetzt mit der Planung nicht endlich beginnen, dann wäre man in elf Jahren noch immer auf dem heutigen Stand.

Herr Schmitz (SPD) teilt mit, gemäß einer Beschlussfassung des Kreises Euskirchen sei man bezüglich des Ausbaus der Eifelstrecke und der linksrheinischen Strecke zwischen Köln und Bonn gegen eine Aufnahme im BVWP.

Herr Soénus (IHK NRW) bedankt sich für die Ergänzungen zum Thema ZARA-Häfen, die für diesen Wirtschaftsstandort von entscheidender Bedeutung seien. Bezugnehmend auf das Gespräch mit dem Verkehrsminister Groschek sei noch einmal deutlich geworden, dass diesbezüglich das Zahlenwerk im BVWP durch den Bund modifiziert werden sollte. Des Weiteren bittet er in der Stellungnahme des Regionalrates die Bezeichnung der in Rede stehenden Rheinquerung im Bereich Wesseling-Niederkassel zu korrigieren. Richtig hieße es im BVWP „AK Köln-Godorf und AD Köln-Lind“, um somit Verwirrungen zu vermeiden.

Herr Neitzke (SPD) bekräftigt noch einmal die Stellungnahme, die ein Kompromiss der vier Fraktionen sei und bestehe deshalb darauf, in der Gesamtheit über das Verhandlungsergebnis abzustimmen und spricht sich deshalb gegen eine Einzelabstimmung der jeweiligen Punkte aus.

Herr Beu (DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die Auslegung von Herrn Soénus bezüglich der Rheinquerung, und besteht jedoch weiterhin auf die in der Stellungnahme des Regionalrates gewählte Formulierung.

Frau Plum (Piraten) merkt an, dass unter Top 5b das Projekt „RRX“ fehle, jedoch wegen seiner enormen Wichtigkeit für die Pendler, und die Region, mit aufgelistet werden sollte. Des Weiteren würden beim Thema Wasserstraße, und die Vertiefung des Rheins, neben der ökonomischen Sinnhaftigkeit die ökologischen Aspekte nicht betrachtet. Sie erkundigt sich deshalb nach den prognostizierten Schäden an der Natur und bittet hierzu um Informationen. Daher käme es bei diesem Thema voraussichtlich zu einer Stimmenenthaltung ihrer Fraktion.

Zur Anmerkung von **Frau Hane-Knoll** (DIE LINKE) erklärt **der Vorsitzende** und teilt zusammenfassend mit, dass am Ende einer Diskussion die Abstimmung über die Vorschläge stünden. Heute lägen letztendlich drei schriftliche Vorschläge zu diesem Thema vor und nur über die könnten heute abgestimmt werden. Die weiteren Beiträge diesbezüglich finden sich im Protokoll wieder. Daher sei hier und heute über die weitere sachliche und inhaltliche Stellungnahme zum TOP 5b abzustimmen. Bezüglich der ZARA-Häfen gebe es hier einen Konsens über den nun als erstes abgestimmt würde. Der TOP 5a (Drucksache Nr.: VK 34/2016) sei bis auf eine Enthaltung

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 56/2016	8

(DIE LINKE) somit beschlossen worden. Er ruft den TOP 5 b (Drucksache Nr.: VK 35/2016) auf.

Herr Deppe (CDU) ergänzt und spricht sich gegen eine Einzelabstimmung aus, er bittet die Anregung von Herrn Dr. Soénius bezüglich der korrekten Bezeichnung für die Rheinquerung in die Stellungnahme mit aufzunehmen.

Herr Metz (DIE GRÜNEN) teilt mit, dass seine Fraktion sich dagegen aussprechen würde und beruft sich dabei auf den zwischen den vier Fraktionen wohl formulierten Vorschlag. Hierbei handele es sich um ein gut kombiniertes Projekt aus Straße, Nahverkehrs- und Schienengüterverkehr.

Im Ergebnis teilt **der Vorsitzende** mit, dass nun doch die eingangs gewählte Formulierung bleibe, entgegen dem Vorschlag von Herrn Dr. Soénius. Bei zwei Enthaltungen wird der Vorschlag beschlossen. Die Drucksache Nr.: VK 35/2016 wird mit zwei Enthaltungen beschlossen. Bei der Drucksache Nr.: VK 34/2016, Antrag der Fraktion „DIE LINKE“; wird festgestellt, dass der Pkt. 3 bereits erledigt sei und somit nur noch die Punkte 1. und 2. in die Abstimmung gingen. Es wird mit drei Zustimmungen, zwei Enthaltungen durch die Fraktionen „DIE GRÜNEN“ und „Freie Wähler“ mehrheitlich abgelehnt. Die Drucksache Nr.: VK 36/2016 wird mit zwei Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Das Ergebnis der Beratung ist als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.

Herr Beu (DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass zum Antrag „DIE LINKEN“ das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion eine Formalie sei, da man sich inhaltlich auf einen gemeinsamen Text verständigt habe. Man befürworte grundsätzlich den Ausbau der Strecke zwischen Köln und Bonn.

a) Entschließungsantrag von „DIE LINKE“ gemäß § 11 (3) der GO zu Tagesordnungspunkt 5 der 3.Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates am 15. April 2016

Drucksache Nr.: VK 34/2016 (TV)

b) Stellungnahme des Regionalrates Köln zum Referentenentwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030

Drucksache Nr.: 35/2016 (TV)

c) Antrag der Fraktionen CDU, SPD, DIE GRÜNEN und der FDP zum AK Leverkusen im BVWP: alle Optionen offen halten

Drucksache Nr.: VK 36/2016 (TV)

TOP 6: Sachstandsbericht zum Zustand des Kölner Autobahnringes insbesondere des AK Leverkusen und der Leverkusener Brücke im Zuge der BAB A 1

- mündlicher Bericht –

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 56/2016	9

Herr Raitel (LB) erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachstand. Zur Frage von **Herrn Götz** (CDU) teilt **Herr Raitel** (LB) mit, dass das Rampenbauwerk am AK Köln-Ost und die dadurch bedingten Sperrungen, in Baulast der Stadt Köln, voraussichtlich Ende dieses Jahres fertig gestellt würden. **Herr Metz** (DIE GRÜNEN) merkt an, um zielorientierte Ergebnisse zu erhalten, sei es unumgänglich, dass zwischen allen Beteiligten konsensorientiert gehandelt werde. **Der Vorsitzende** bedankt sich für den Vortrag und dem konstruktiven Hinweis von Herrn Metz. Des Weiteren weist er auf die Brisanz der Gefahrguttransporter auf diesen Strecken hin, über die mitunter nachgedacht werden sollte.

Die Verkehrskommission nimmt die Informationen des Landesbetriebs Straßenbau NRW zur Kenntnis.

TOP 7: Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 8: Anfragen

- a) **Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Sachstand selektive Kontrolle von Bäumen und anderen Gehölzen als Vorbereitung zur Durchführung der Pflegemaßnahmen**

Drucksache Nr.: VK 18/2016

(TV)

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Stellungnahme der Bezirksregierung zur Kenntnis.

- b) **Anfrage der Fraktion CDU zur Verkehrssituation im Knoten L 182/K3 in Swisttal**

Drucksache Nr.: 26/2016

(TV)

Herr Kolitz (LB) erklärt dazu, zur o.g. Unfallhäufungsstelle habe die Unfallkommission des Rhein-Sieg-Kreises (UK-RSK) am 08.04.2016 beschlossen, dass aufgrund der vorhandenen Unfalllage ausschließlich der Bau eines KVP hier zielführend sei. Darüber hinaus werde sich die UK-RSK noch einmal vor Ort treffen, um kurzfristig das noch vorhandene Optimierungspotential in den untergeordneten Zuleitungen (K 3 und K 61) auszuschöpfen. Die Planung werde so angepasst, dass eine Realisierung ohne zusätzlichen Grunderwerb möglich werde. Die Kosten der Maßnahme werden voraussichtlich ca. 350 T. € betragen. Eine kurzfristige Realisierung wird nicht möglich sein, da mit der derzeit in Bau befindlichen Maßnahme L 300 Wesseling die Quote im Titel 777 12 bereits auf jeden Fall bis 2017 ausgeschöpft sei. Eine anschließende Finanzierung richtet sich nach der dann geltenden Beschlusslage des Regionalrates. Bezüglich der Anmerkung von **Herrn Weber** (CDU) bestätigt **Herr Kolitz** (LB) dass gemäß Beschluss der Unfallkommission der Bau des KVP definitiv zur Lösung der Unfallhäufungslage beitragen werde.

- c) **Anfrage der Fraktion FDP an die Bezirksregierung über die Darstellung, inwieweit der nachträgliche Einbau von Leitungen in das bestehende Straßennetz vermieden werden kann.**

Drucksache Nr.: VK 27/2016

(TV)

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
VK / Niederschrift	VK 56/2016	10

Die Verkehrskommission nimmt die Stellungnahme der Bezirksregierung zur Kenntnis.

TOP 9: Mitteilungen

**a) der Bezirksregierung
Baustellenmanagement System „TIC“ von Straßen NRW.**

Sachstand

-mündlicher Bericht-

Herr Elsiepen (Dez.25) teilt mit, derzeit basiere das Koordinationssystem für das Baustellenmanagement auf „Mobil im Rheinland“. Es sei jedoch ein Systemwechsel zum „Traffic Information Center“ (TIC) vorgesehen. Dieser Wechsel sei aufgrund rechtlicher EU Vorgaben, sowie der verbesserten technischen Möglichkeiten, erforderlich. Derzeit seien noch Verhandlungen anhängig und ein Wechsel werde voraussichtlich zum Jahresende möglich werden. Sobald es konkreter werde, würde dieses Gremium darüber informiert.

b) des Vorsitzenden

liegen nicht vor.

c) des Landesbetriebes

liegen nicht vor.

Verkehrskommission
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Hebbel
(Vorsitzender)

Verkehrskommission
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Metz
(DIE GRÜNEN-Fraktion)

Aufgestellt:
Bezirksregierung Köln
gez. Harms
(Dezernat 25)